



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Kürzung beim WiPo-Unterricht schnellstmöglich zurücknehmen“
(Drs. 20/3302(neu) 2. Fassung)

Pakt für Demokratie: Resilienz der Gesellschaft erhöhen und WiPo-Unterricht für alle stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt mit Sorge eine Polarisierung der Gesellschaft zur Kenntnis. Extremistische Haltungen und Verschwörungstheorien finden in der Gesellschaft zunehmend Anklang, insbesondere auch bei Jugendlichen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass einzelne Maßnahmen allein nicht ausreichend sind, um dieser Entwicklung zu begegnen. Stattdessen bedarf es hierfür einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich deshalb dafür aus, einen „Pakt für Demokratie“ ins Leben zu rufen. Im Rahmen dieses Paktes wird die Landesregierung gebeten, Maßnahmen und Initiativen zu erarbeiten, die eine lebendige und resiliente Demokratie in unserem Land stärken.

In der Bildungspolitik wurden hierzu schon Maßnahmen in die Wege geleitet: Seit 2020 wurden in der Sekundarstufe I die Stundenkontingente im WiPo-Unterricht verpflichtend von zwei auf vier Stunden festgelegt und damit eine systematische Stärkung des WiPo-Unterrichts erreicht.

Der Landtag bittet die Landesregierung, als eine erste Maßnahme des zukünftigen „Paktes für Demokratie“, den WiPo-Unterricht flächendeckend für alle Schülerinnen und Schüler zu stärken. Hierfür soll ein stufenweises Konzept erarbeitet werden. Der WiPo-Unterricht soll spätestens im Schuljahr 2027/28 um zwei Stunden in der Sekundarstufe I erweitert werden und ab der Klassenstufe 7 möglich sein.

Begründung:

Kinder und Jugendliche sind heute schon in jungen Jahren den Nachrichten- und Bilderfluten des Internets ausgesetzt, sie sind ökonomisch aktiv, wissen früh um die Eskalation von Krisen weltweit und sind bereits mit 16 Jahren bei vielen Wahlen stimmberechtigt. Entsprechend früh muss die politische Bildungsarbeit einsetzen.

Die Wahlergebnisse der 18- bis 24-Jährigen in der Bundestagswahl 2025 sowie der aktuelle Verfassungsschutzbericht 2024 verdeutlichen: Politische Ränder erleben einen gesamtgesellschaftlichen Zulauf.

Um diesem entgegenzuwirken, braucht es neben kurzfristigen Maßnahmen langfristig eine zentrale Verankerung von politischer Bildung im Bildungssystem – lebensnah, emotional zugänglich und demokratisch erfahrbar. Für den Bereich Schule kann diese Feststellung – analog zu der anerkannten Notwendigkeit der Förderung der basalen Kompetenzen – dahingehend übertragen werden, dass Schülerinnen und Schüler eine grundlegende politische Bildung benötigen.

Kinder und Jugendliche müssen basale politische Kompetenzen erlernen, um sie demokratiefähig zu machen, um sie in ihren Fähig- und Fertigkeiten so zu stärken, dass sie den Anforderungen der Gesellschaft, zu denen heute massiv die Einflüsse in und Beeinflussungen durch die Sozialen Medien wie TikTok, Instagram und YouTube gehören, standhalten können, und sie selbst zu einer aktiven Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft befähigt werden.

Die Vermittlung dieser Kompetenzen muss in der Sekundarstufe I erfolgen, damit alle Kinder und Jugendlichen mit dem Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems in den Genuss dieser Bildungsmöglichkeit gekommen sind. Dies ist umso wichtiger vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft zunehmend heterogener ist. Es kann nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden, dass Kinder und Jugendliche auf der Grundlage eines Demokratieverständnisses im Sinne des Grundgesetzes in den jeweiligen Elternhäusern erzogen und gebildet werden.

Martin Balasus
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion